



Ausländische Abschlüsse: Anerkennung verbessern

Ausländische Abschlüsse: Anerkennung verbessern
Zur heutigen Bundestagsdebatte über den ersten Bericht zum Anerkennungsgesetz von ausländischen Abschlüssen, erklärt Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, am Freitag in Berlin: "Das Anerkennungsgesetz ist ein wichtiger Fortschritt, greift aber zu kurz. Nach bisherigen Erkenntnissen profitieren nicht einmal 10.000 Einwanderer von der Anerkennung, statt der von der Bundesregierung ursprünglich anvisierten 300.000. Deshalb brauchen wir dringend Verbesserungen. Wenn Menschen ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen nicht anerkannt bekommen, spüren sie das sofort bei der Entlohnung, weil sie nicht entsprechend ihres Könnens eingruppiert und damit bezahlt werden. Es ist gut, dass hier Abhilfe geschaffen wurde. Doch das Anerkennungsgesetz greift noch zu kurz. Das große Potenzial der Anerkennungsinteressierten wird überhaupt nicht ausgeschöpft. Insbesondere die Kosten des Verfahrens und der damit verbundenen Nachschulungen und Zeugnisprüfungen sind für die meisten betroffenen Beschäftigten eine echte Hürde. Schon allein die Übersetzung der heimischen Zeugnisse kostet einen Antragsteller oftmals bis zu 1.000 Euro. Da aber gerade Einwanderer, deren Zeugnisse in Deutschland nicht anerkannt wurden, im Niedriglohntsektor arbeiten, ist wichtig, dass die Anerkennung und eventuell notwendige Nachqualifizierungen kostenfrei sind. Für die Einwanderer ist zudem wichtig, dass sie, wenn nur ein Teil ihrer Qualifikationen anerkannt wird, verbindlich wissen, welche Ergänzungs- und Anpassungsqualifikationen notwendig sind und wo sie diese erwerben können. Dafür ist ein klar geregelter gesetzlicher Anspruch wichtig." Hintergrund: "Anerkennungsgesetz" ist die Kurzform für das "Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen". Das Gesetz ist am 1. April 2012 in Kraft getreten.
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Henriette-Herz-Platz 2
101178 Berlin
Deutschland
Telefon: 0049/30/24060-0
Telefax: 0049/30/24060-324
Mail: info.bvv@dgb.de
URL: <http://www.dgb.de/>

Pressekontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Firmenkontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Als Dachverband schließt er keine Tarifverträge ab. Er arbeitet auf internationaler Ebene im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit und vertritt die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei internationalen Institutionen wie der EU und der UNO. Seit seiner Gründung 1949 ist er dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Er ist - wie seine Mitgliedsgewerkschaften - pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB handeln mit den Arbeitgebern Tarifverträge, u.a. zu Einkommen, Arbeitszeiten, Urlaub aus. Im Falle eines Arbeitskampfes organisieren sie den Streik und zahlen den Mitgliedern Streikunterstützung. Sie helfen bei der Gründung von Betriebsräten, unterstützen die Beschäftigten bei betrieblichen Konflikten und vertreten sie bei Streitigkeiten mit ihrem Arbeitgeber. Gewerkschaftsmitglieder genießen kostenlosen Rechtsschutz.